

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

EntschlieÙung zu Überfällen auf Lastkraftwagen und Diebstählen von innerhalb der Gemeinschaft beförderten Gütern

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

- A. unter Hinweis auf Artikel 3 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,
- B. in Sorge darüber, daß der freie Kraftverkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaft durch Gewalttaten behindert wird,
- C. in Sorge über die Gefahren, denen Berufskraftfahrer ausgesetzt sind, deren Freizügigkeit von den Behörden jedes Mitgliedstaates gewährleistet werden sollte,
- D. in der Auffassung, daß es nicht hingenommen werden darf, daß der freie Handel mit Agrarerzeugnissen durch Diebstähle und Sachbeschädigungen, die von Demonstranten begangen werden, behindert wird,
- E. im Bewußtsein der Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, die Urheber dieser Schäden zu ermitteln und gerichtlich gegen sie vorzugehen —
 - 1. verurteilt diese Zwischenfälle;
 - 2. fordert die nationalen Regierungen auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um den freien Güterverkehr und die Sicherheit von Personen zu gewährleisten;
 - 3. fordert den Rat und die Kommission auf, bei den einzelstaatlichen Behörden darauf hinzuwirken, daß die Opfer derartiger Zwischenfälle entschädigt werden;
 - 4. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission und den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

